

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Der Kampf um die Kranken. Ärzte und Kassenwesen.

Der deutsche Arztetag hat gestern in Berlin den Beschluß gefaßt, statt weiterer Verhandlungen nimmte Zwangs- mittel, soweit sie ihm verfügbar sind, gegen die Krankenkassen anzuwenden, um zu seinem Recht zu kommen. Der ausführliche Bericht über die gestrige Sitzung der Ärzteschaft, den wir weiter unten folgen lassen, führt nochmals in die Sachlage ein, über die der Leser ja bisher schon mehrfach unterrichtet worden ist.

Die Ärzte sind der Meinung, daß die Veränderungen im Krankenkassenwesen, die 1. Januar eintreten, ihnen das Recht geben, nimmte endlich günstigere Bedingungen für die Krankenkassenpraxis zu fordern. Der alte Streit zwischen den Ärzten und den Kassen muß diesmal ausgetragen werden, und es wird sich zeigen, wer dabei die größere Energie entwickelt und die geeigneteren Maßnahmen trifft.

Der erste Zusammenstoß zwischen den Ärzten und den Kassen entstand um die Mitte der 1890er Jahre. Damals zog der Arztstreik in Bayern die öffentliche Meinung an, und man wurde sich klar über die Gegensätze, die sich herausgebildet hatten. Die Ärzte klagten darüber, daß die Krankenkassen aus fiskalischen Gründen den Ärzten verwehren wollten, kostspielige Medikamente und Arzneimittel zu verschreiben, und daß von den Kassen versucht werde, an die Stelle der freien Arztwahl, die jedem Kranken erlaubt, sich seinen Vertrauensarzt beliebig auszuwählen, das System der angestellten Kassenärzte zu setzen, bei dem der Patient genötigt ist, sich an den von der Kassenverwaltung für einen bestimmten Kreis von Kassenmitgliedern eingesehten Kassenarzt zu wenden. Auch heute noch ist diese Frage eine der wesentlichsten Streitpunkte. Daneben steht der Anspruch der Ärzte auf Erhöhung des Honorarjages für die einzelne ärztliche Beratung.

Von Seiten der Kassen wird, und wohl nicht ganz mit Unrecht, darauf hingewiesen, daß zwar der Einzelbeitrag des Honorars bei Kranken der Kassen gering ist, daß aber durch die große Masse der Versicherten dem Arzt ein größeres Krankenmaterial zugeführt wird, als es ohne das Krankenkassenwesen der Fall wäre. Diese Folge der sozialen Gesetzgebung kann man gelten lassen, ohne zu verkennen, daß auf der anderen Seite die Ärzte in der Tat nur noch einen kleinen Bruchteil von nicht versicherten Patienten zu ihrem Kundenkreis zählen können. Insofern muß auch der ärztliche Honoraranpruch vorurteilsfrei nachgeprüft werden, weil es nicht angeht, daß die Ärzte unter unzulänglichen Bedingungen arbeiten, während die Kassen über große Mittel verfügen, zur Errichtung eigener Verwaltungshäuser in der Lage sind und sich in ihrer Wachststellung den Ärzten überlegen fühlen.

Die öffentliche Meinung wird die weiteren Auseinandersetzungen mit begreiflichem Interesse abwarten. Besonders werden auch die Vorschriften, mit denen die Aufsichtsbehörde sich die Eingangsnahme auf solche Streitfälle vorbehalten hat, jetzt die Probe zu bestehen haben. Den Unbereinigten leuchtet ein, daß die Ärzte ein Schiedsgericht verlangen, zu gleichen Teilen aus Krankenkassenverwaltern und Ärzten bestehend, unter einer neutralen Spitze. Nürnberg hat bereits solche Schiedsgerichte, und sie arbeiten zufriedenstellend. Es wäre kein Zeichen des guten Rechtsbewußtseins der Krankenkassen, wenn sie sich solchen Schiedsgerichtsvorschlägen auf die Dauer widersetzen. Demgegenüber steht der Umstand, daß die Ärzte, wenn sie „streifen“, leicht in den Verdacht der Inhumanität kommen. Sie suchen diesen Verdacht dadurch zu widerlegen, daß sie den Patienten unter allen Umständen die ärztliche Behandlung garantieren und daß sie von den Kassen fordern, daß diese, statt den Mitgliedern die Ärzte anzuweisen, die bare Entscheidung gewähren sollen, die das Gesetz für diesen Fall vorgegeben hat.

Das Wichtigste bei der weiteren Entwicklung des Ärzte-Kassen-Kampfes wird sein, daß die Volksgesundheit nicht benachteiligt wird und daß das Vertrauen zu der Einrichtung der Krankenkassen keine Erschütterung erfährt. Je früher ein Schiedsgericht einsetzt, desto besser.

Außerordentlicher deutscher Arztetag.

Hg. Berlin, 26. Okt.

Eine Kriegserklärung an die Krankenkassenverbände bedeutet die Einberufung des außerordentlichen deutschen Arztetages, der am Sonntag Vormittag im Kaiserpalast des „Mhringold“ in Berlin stattfand. Die Veranlassung zu der Tagung gab die Ablehnung der Einigungsvorschläge des deutschen Ärztevereins-Bundes und der wirtschaftlichen Organisation der Ärzte, des sog. Leipziger Verbandes, seitens der Krankenkassenverbände. Der Saal war schon frühzeitig von Tausenden von Ärzten aus dem ganzen Reich gefüllt. Auch die Galerien waren dicht besetzt. In den erregten privaten Erörterungen zeigte sich schon die allgemein herrschende Kampfstimmung. Anwesend waren 448 Delegierte, die 384 Vereine mit 21 207 Stimmen vertraten; außerdem hatten sich Ärzte aus Berlin und dem ganzen Reich als Zuhörer in großer Menge eingefunden. Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf die endgültige Stellungnahme gegenüber den Krankenkassen. Der Vorsitzende des Geschäftsausschusses des Ärztevereins-Bundes, Sanitätsrat Dr. Dippe- Leipzig, eröffnete die Verhandlungen und führte folgendes aus:

Aus voller Ueberzeugung heraus habe ich in Oberfeld dem Wunsch Ausdruck gegeben, es möchte zwischen uns und den Krankenkassen zu einem friedlichen Verhältnis kommen, es möchte eine Grundlage gefunden werden, auf der wir miteinander arbeiten und gemeinsam unsere Wünsche und Forderungen den durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen neuen Verhältnissen anpassen können. Diese Hoffnung war trügerisch. Die Kassen haben uns bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehendes Anerbieten abgelehnt, sie wollten keinen Frieden, und deshalb hat der Geschäftsausschuß Sie heute hierher gebeten, um den Kampf zu beschließen und zu betreten. (Stürmischer Beifall.) Im August d. J. trat der Leiter eines Leipziger großen Werkes an uns mit dem Anerbieten heran, mündliche Verhandlungen zwischen uns und dem Vorstände des Betriebskrankenversicherungsverbandes zu vermitteln. Er habe aus persönlicher Erfahrung den Eindruck gewonnen, daß man dort nicht gar so ärztlich feindlich gesinnt sei und daß eine Aussprache zu einem günstigen Ergebnis führen könne. Ich lege Wert darauf, ausdrücklich zu betonen, daß nur diese eine Anregung

erfolgt und diese völlig ohne unser Zutun an uns herangetreten ist, aus freiem Entschlusse des menschenfreundlichen Vermittlers. Wenn es in einem Rundschreiben des Betriebskrankenversicherungsverbandes vom 24. September heißt: „Der Leipziger Ärzteverband war durch verschiedene Vermittlungsstellen an uns herangetreten“, so ist das eine bewusste Unwahrheit. (Stürm. Beif.) Die Vermittlung glaubten wir nicht ablehnen zu sollen, und es hat dann am 10. September in Berlin im „Savoyhotel“ eine eingehende Aussprache zwischen uns und dem Vorstände des Betriebskrankenversicherungsverbandes stattgefunden. Wir brachten als das Wichtigste zuerst die Versorgung der Kassen mit Ärzten, die Bestimmung des Arztjages zur Sprache und schlugen vor, diese Bestimmung solle getroffen werden durch Verhandlungen zwischen den Kassenvorständen und der zuständigen örtlichen Ärzteorganisation, und falls diese Verhandlungen nicht zu einem Ergebnisse führten, soll ein Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend entscheiden. Als Arztjage sollten dabei

Die freie Arztwahl, das Kassen- und das Krankheitsversicherungssystem

in Frage kommen. Wir widerlegten die Befürchtung der Herren, als sollte mit dem Jahre 1914 mit allen Mitteln und allen Kräften die freie Arztwahl erzwungen werden. Das wollten wir nicht, wenn auch die allgemeine Durchführung der freien Arztwahl eines unserer Endziele sei und immer bleiben werde, und wenn wir auch jetzt davon überzeugt seien, daß die freie Arztwahl kommen müsse, trotz aller Widerstände, als Notwendigkeit aus den Verhältnissen heraus. (Zustimmung.) — Lange verhandelt wurde über die Möglichkeit, die Kassen bei freier Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistungen vor einem gar zu starken Anwachsen der Arztkosten zu bewahren. Wir boten die bekannten 2 1/2 Prozent der größtmöglichen Beitragssumme als Maximum der Arztkosten an, erklärten uns aber auch bereit, auf einen anderen, besseren Vorschlag einzugehen. — Endlich wurde über die Bezahlung der Ärzte gesprochen. Will man den Eindruck, den die ganze Verhandlung auf uns machte, wiedergeben, so muß man streng trennen zwischen den Vormittags- und den Nachmittagsstunden. Vor Tages hatten wir entschieden das Gefühl, auf ein gewisses Verständnis und Entgegenkommen zu stoßen, nach Tages war der Ton ein wesentlich anderer. Der Geschäftsführer Herr Heinemann stellte da plötzlich als Grundbedingung für jedes Abkommen die Anerkennung des status quo auf, d. h. alle Kassen, die bestehen bleiben, sollen auch das alte Arztjage bis heute behalten. Wir fingen damit so ziemlich wieder von vorne an, und die Besprechung wurde, da sie sich nutzlos zu wiederholen drohte, mit allseitiger Zustimmung geschlossen. Trotz des unfreundlichen Nachmittags hatten wir aber doch das Gefühl, aus der Sache könne etwas werden, und zwar Frieden auf der ganzen Linie, denn die Herren hatten uns ausdrücklich gesagt, daß sie im Einverständnis mit den vier anderen Kassenverbänden zur Besprechung gekommen seien, und daß sie auch in Zukunft nur mit diesen gemeinsam vorgehen und handeln würden. Der Medner schildert dann die Verhandlungen in Leipzig auf Grund deren der Vertragsentwurf nach Offen geschickt wurde. Nach den vorausgehenden Verhandlungen schien es uns nicht richtig, in diesen Entwurf Forderungen hineinzuarbeiten, die nicht so ernst gemeint waren und von denen man als Handelsobjekt hier und da etwas hätte nachlassen können. Das ist vielfach üblich und oft nicht möglich, in unserem Falle hätte es Vergebung von Kraft und Zeit bedeutet. Deshalb sahen wir davon ab, gingen in der Hoffnung auf einen dauernden Frieden bis an die Grenze des Entgegenkommens und bezeichnete den Kassenherren dementsprechend diesen Entwurf als

Das Aeußerliche von dem, was wir verlangen mußten

und zugestehen könnten. Am 30. September beschloß der Betriebskrankenversicherungsverband, unseren Vertragsentwurf abzulehnen. Es war das nur ein formeller Beschluß, denn bereits am 24. September hatte der Eisenverband seinen Unterverbänden und Kassen mitgeteilt, aus den Verhandlungen würde nichts herauskommen. Lebhafte Zuschriften tauchten sehr bald auch von anderen Stellen her auf und enthielten sämtlich in dieser oder jener Form die dringende Mahnung, doch nur ja so viel wie möglich einzelne Verträge abzuschließen. Die Zeit dazu war ja günstig und auch ausreichend, die Verhandlungen mit uns bräuchter ja nichtgar so plötzlich abgebrochen werden. Der Medner macht dann weitere Mitteilungen über die darauffolgenden Besprechungen mit den Vertretern des Eisenverbandes und über die nach wiederholten telegraphischen Mahnungen am 12. Oktober erfolgte endgültige gatte Absage. Der Eisenbrief rief bei uns in Leipzig das höchste Gefühl der Gleichrichtung und Befreiung hervor. Das war endlich die langsehnte Klarheit, das war der Sturm! Jetzt war es, Gott sei Dank, vorbei mit den schönen Redensarten von Verantwortlichkeit und Sorge für die armen, von uns so hart bedrohten Kassen und Versicherten, von Arztstreulichkeit, Friedensliebe und all dem scheinheiligen Zeug meor. (Stürmischer Beifall.) Die Kassenverbände wollen keinen freien Arztstand, sie wollen unsere Organisation zerbrechen und wie früher sich den einzelnen Arzt vornehmen als ihren Angestellten, ihren Untergebenen, ihren Arbeitnehmer. (Sehr wahr!) Alles was recht ist, Konsequenz liegt in dem Vorgehen der Herren. Die neue Reichsversicherungsordnung bot die Gelegenheit, endlich einmal unter Verhältnis zu den Krankenkassen auf eine gleichmäßige, gesunde Grundlage zu stellen. Das konnte im guten geschehen, und das mußte, wenn es nicht anders ging, mit Gewalt erzwungen werden. Wir haben die Anregung zu Verhandlungen und Vereinbarungen mit Dank entgegengenommen und wir haben unsere Forderungen so sorgsam überlegt und so maßvoll aufgestellt, wie es uns nur irgend möglich schien. Wir hielten es für erlaubt, um den großen Preis eines dauernden Friedens bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit zu geben. Aber auch das hat nichts gebracht. Wir streiten nicht für uns und unser persönliches Wohlergehen, unser Ziel steht höher. Wir wollen unserem deutschen Vaterlande das erhalten, was es bisher als höchsten Schatz befaßt hat: einen freien, stolzen, stolzen Arztstand. Das muß gelingen und das wird gelingen! (Stürmischer minutenlanger Beifall.) Der Versammlung wurde dann folgender

Antrag des Geschäftsausschusses

vorgelegt: „Nachdem die fünf verbündeten Krankenkassenverbände es abgelehnt haben, sich mit der Vertretung der Ärzte über den ihnen vorgelegten Friedensvorschlag zu einigen, einen Vorschlag, in dem ihn die Ärzte bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, bleibt den im Deutschen Ärztevereinsbunde und seiner wirtschaftlichen Abteilung, dem Leipziger Verbande vereinigten Ärzten nichts anderes übrig, als mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Krankenkassenversicherungsordnung den ihnen aufzubringenden Kampf gegen die Kassenverbände aufzunehmen. Sie tun dies in voller Einmütigkeit und dem sicheren Bewußtsein, nichts unversucht gelassen zu haben, um die Träger der sozialen Versicherung vor einer zweifellos schweren Erschütterung zu bewahren. An dem Sturzfall und dem Nachruhm der Führer im Krankenkassenwesen sind ihre ethischen Bemühungen gescheitert und ihre besten Absichten gescheitert. Deshalb macht es der am 26. Oktober im „Mhringold“ zu Berlin versammelte außerordentliche deutsche Arztetag, auf dem 384 Ärztevereine von 448 Abgeordneten mit 21 207 Stimmen vertreten sind, jedem einzelnen Arzt und jeder örtlichen Ärzteorganisation zur heiligen Pflicht, von jetzt ab mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen und die kassenärztliche Versorgung aller Versicherten wie auch der neu hinzutretenden Versicherten unbedingt abzulehnen. Nur die ärztliche Vertragstätigkeit muß aufhören, das gesundheitliche Interesse

der Versicherten wird in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einmischung einer Kassenverwaltung. Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Aufsichtsbehörden das Recht verweigert werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Varentschädigung zu gewähren. Dieses Recht sollen sie solange ausüben, bis den ärztlichen Organisationen die sichere Gewähr gegeben ist, daß die Kassenärzte ihrem Berufe wieder unabhängig, frei von unsächlicher Beeinflussung und unter angemessenen Bedingungen nachgehen können u. s. w.“ Der Vorsitzende des Leipziger Verbandes Dr. Hartmann-Leipzig begründete den Antrag und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Ärzte geschlossen und einig in den Kampf treten werden und daß ihnen der Sieg sicher sei. Der Kampf darf nicht eher aufgegeben werden, als bis unsere Forderungen erfüllt sind. Und sollten sich Söldlinge finden, die um Judaslohn ihren Kollegen in den Rücken fallen, so darf nicht eher verhandelt werden, als bis diese Fremdlinge den Schauplatz ihrer Schmach verlassen haben. (Minutenlanger, stürmischer Beifall und Handklatschen.) Mögen ihnen diesmal die Kassenverbände das Reizgeld zur Abreise geben. Auf drei Städte werden wir leider verzichten müssen: Dresden, Hamburg und Berlin. (Aufe: Leider, leider!) Dank ihrer organischen Heilfährigkeit und Zerrissenheit werden diese Städte einen wenig ehrenvollen Frieden schließen, und die verrotteten Zustände beibehalten müssen. (Beifall.) Möge ihnen aber das Gewissen schlaagen. Aber auch in diesen Städten wird uns in unserem Kampfe Sympathie begleiten und man wird uns nach Kräften unterstützen. (Beifall.) Dem Müdigen gehört die Welt! Wenn Sie einmütig unserer Fahne folgen, ist uns der Sieg sicher. (Minutenlanger Beifall.)

Mit lebhafter Genugtuung wurden die telegraphischen Zustimmungserklärungen der medizinischen Fakultäten zahlreicher Universitäten entgegengenommen. — Auch in der Debatte sprachen sich sämtliche Medner für den Kampf und für das einmütige Vorgehen aus. — Nach Annahme eines Schlusstranges protestierte indes Landsberg-Rosen unter großer Unruhe dagegen, daß kein Gegner der Resolution zu Worte gekommen sei.

Der Antrag des Leipziger Verbandes wurde darauf gegen vier Delegierte mit 164 Stimmen unter stürmischem Beifall angenommen. Mit der Aufforderung, einmütig und geschlossen den Kampf zu führen, bis ein dauernder, gesicherter Friede erzielt sei, schloß Dr. Dippe die Tagung.

Prozeß Brandt-Eccius. Vernehmung der Kruppdirektoren.

(Drahtbericht der „Hartungschen Zeitung“.)

r. Berlin, 27. Oktober.

Heute marschierte im Schwurgerichtssaal in Wobau fast das ganze Kruppdirektorium auf, um im Prozeß Brandt-Eccius Zeugenschaft abzulegen: der Vorsitzende des Direktoriums, Geheimrat Finanzrat Eugen Berg, Landrat a. D. Högner, Direktor Raths, Finanzrat Haugs und so fort. Als erster Zeuge wird Finanzrat Eugen Berg vernommen. Der Vorsitzende wünscht vor ihm Mitteilung darüber, wer für die geordnete und einwandfreie Berichterstattung des Berliner Bureaus verantwortlich sei und will zu diesem Zwecke von dem Zeugen über die Organisation des Verwaltungsbüros bei der Firma Krupp hören.

Der Zeuge gibt diese Auskunft: Innerhalb der Verwaltung besteht auch ein Dezernat für die kaufmännische Beschaffung von Kriegsmaterial, und dieses Dezernat, dem hauptsächlich das Berliner Bureau unterstellt ist, sei von Direktor Eccius geleitet worden. Herr von Dewitz war bis 1910 Handelsbevollmächtigter und Herr Direktor Eccius unterstellt. Dewitz hatte als Leiter der Registratur auch die Aufsicht über die Sammlung der sogenannten Kornwalzer. — Vorsitzender: War Ihnen

die Existenz dieser Kornwalzer bekannt?

— Zeuge: Erst seit dem 24. August 1912. — Vorsitzender: Ist vor diesem Termin im Direktorium niemals davon gesprochen worden? — Zeuge: In meiner Gegenwart nicht. — Vorsitzender: War Ihnen auch nicht bekannt, daß Brandt mit dem Auftrag nach Berlin gesandt wurde, Berichte über die Preise der Konkurrenz und über das Ergebnis der Submissionen nach Offen zu senden? — Zeuge: Nein. Ich habe im Anfang der Untersuchung auch erklärt, daß mir selbst Kornwalzer niemals vorgelegt wurden. Es sind mir dann zwei oder drei Kornwalzer gezeigt worden, die mich Zeichen trugen, die mir also unbedingt vorgelegen haben müssen. Ich konnte mich aber nicht darauf besinnen. Der Zeuge erzählt darauf, daß Direktor Dr. Mühlton, der zu jener Zeit den Kranken und abwesenden Direktor Eccius vertrat, im Juli eine Reise nach Berlin angetreten habe. Es handelte sich um einen Brief des Herrn von Mehen, der Dr. Mühlton am 22. Juli erhalten hatte. Dieser Brief hat ihn zu der Reise nach Berlin veranlaßt. Am 3. August wollte Direktor Dr. Mühlton in einer Sitzung des Direktoriums über seine Reise und deren Ergebnis Bericht erstatten. Ich brach aber damals die Erörterung darüber ab, weil wir nicht vor dem Jubiläum standen, und ich meinte, daß wir in jenem Augenblick nichts Wichtigeres hätten, als die Vorbereitungen des Jubiläums. Am 24. August fand wieder eine Sitzung des Direktoriums statt, in der Direktor Mühlton einen Bericht erstattete, aus dem wir entnehmen, daß es in Berlin

zwischen Herrn Brandt und Herrn von Mehen zu Differenzen

gekommen sei. Brandt habe Direktor Mühlton gegenüber von seinen unangenehmen Repräsentationspflichten gesprochen, denen er gesundheitslich nicht gewachsen sei, und daß er ein ordentlicher Mensch bleiben wolle. Direktor Mühlton hatte Brandt gefragt: Was meinen Sie damit, tun Sie denn etwas Unrechtes? Das hat Brandt verneint, machte aber bei dieser Gelegenheit die Bemerkung, daß Herr von Mehen ihm das Herz schwer gemacht habe. Eugen Berg fährt fort: Ich frage nun: Warum macht man denn die Sache, wenn die Berichte nicht wichtig sind? Ich war entschlossen, Brandt abzuverurteilen, um diese Art der Berichterstattung einzustellen, besonders da sie sich fast ausschließlich auf das Kleingeschäft mit dem Kriegsministerium bezog, das für die Firma Krupp von sehr geringer Bedeutung ist. Ich wollte damals nur nicht scharf eingreifen, da der Dezernat Direktor Eccius abwesend war. Bestimmend für meinen Entschluß war die Ueberlegung, daß aus der Art des Brandtischen Verkehrs mit den subalternen Beamten, über die ich in jener Sitzung unterrichtet worden war, eine erhebliche Gefahr für die Firma sich ergeben konnte, daß sich aus dieser Art der Berichterstattung ein für die Firma Krupp unangenehmer